

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag Leipzig
Redaktion: Auer Verlag Leipzig
Telegraphische Anzeiger-Nummer: 1000

Postamt Leipzig Nr. 1000
Telegraphische Anzeiger-Nummer: 1000

Nr. 215

Donnerstag, den 14. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der sächsische Landtag beschloß gestern mit 53 gegen 39 Stimmen seine sofortige Auflösung für die Neuwahlen in der 6. Kammer in Aussicht genommen.

Der Reichskanzler hielt gestern eine bemerkenswerte Rede gegen die Krisen- und Krisenpolitik, in der er zu Besonnenheit und Klarheit ermahnte.

Nach den heute vorliegenden Meldungen aus Paris und Brüssel soll kein Grund sein zum Optimismus im Hinblick auf die neue Reparationskrise.

Die Plenarsitzung der Weimarer Nationalversammlung, die ursprünglich auf heute festgesetzt war, ist bis auf weiteres verschoben worden.

Der Dollarkurs notierte heute vormittag an der Berliner Börse mit 1500.

Aufruf des Kanzlers zur Besonnenheit.

Nochmals: Erst Brot, dann Reparationen.

In der gestrigen Eröffnungsrede der 43. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, der u. a. der Reichskanzler, der Reichswirtschaftsminister und der preussische Handelsminister teilnahmen, erging nach den einleitenden Worten des Präsidenten Franz von Wendelslohn der Reichskanzler das Wort zu folgender Rede:

Zur Zeit sei angesichts der jüngsten belgischen Forderung nicht der Augenblick, Stellung zu nehmen, ehe nicht im Schöße der Regierung Entscheidungen gefallen seien. Er warne davor, die politischen Ereignisse des letzten Tage mit sogenannten Krisengerüchten zu begleiten, die das Gefährlichste seien, was man sich denken könne. Eine innenpolitische Krise sollte man weder um innen- noch um außenpolitischer Probleme der Regierung herbeizuführen suchen. Die Regierung gehe einen klaren, bestimmten Weg. Erwähne sich ihre Methode als nicht gangbar, so sei es Sache des Parlamentes, eine andere Regierung an die Spitze zu stellen, die dann mit einem neuen, aber ebenfalls bestimmten Programm hervortrete. Ich bin hierher gekommen, um hier vor den Vertretern aller deutschen Gauen, Stämme und Länder eine aufrichtige Mahnung zur Besonnenheit und zum klaren Denken auf die tatsächliche Lage und auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auszusprechen. Diese Mahnung richtet sich nicht nur an das ganze Volk, sondern insbesondere auch an unsere ehemaligen Gegner im Ausland. Jederzeit bietet die Renierung ihre Hand zur Verständigung mit den Ländern, gemeinsam mit jeder Stelle des öffentlichen Lebens in Deutschland die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden. Hierbei müssen ultimative Drohungen ausgeschlossen sein, jede innerdeutsche Schwierigkeit müsse überwunden werden im vollen Bewußtsein, daß das erste, was es zu retten gelte, die Einheit des Vaterlandes sein müsse, daß als letztes kostbares Gut der ruhmreichen Vergangenheit, die wir nicht schwächen wollen. Hinüber zu retten sei in eine neue politische Entwicklung. Daß diese Einheit weiterbestehen werde, verbürgen die Treubekennnisse, die aus dem Rheinland, Obersachsen, Schleswig-Holstein und anderen Grenzgebieten unserer Vaterlandes kommen. Ziel und Leitstern unserer Politik muß sein, die Verpflegung, Bekleidung und Bewahrung des Volkes sicherzustellen. Erst

ultimative Drohungen ausgeschlossen

Brot für das deutsche Volk, dann Reparationen.

Dieses Wort hat überall verständnisvolle Aufnahme gefunden. An die Stelle blinden Hasses der Welt soll eine ökonomische Verständigung treten. Worte allein aber würden ihr Ziel verfehlen, wenn im deutschen Volke nicht politische Kräfte vorhanden sind, sich zu sammeln und zu vereinigen zur Tat, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Ich habe mich von den Führern von Handel und Industrie stets beraten lassen. Wer aber stat erteilt, muß auch alles aufbieten, um in großen entscheidungsvollen Stunden mitzuwirken und die Verantwortung mit zu tragen. Die Organisation eines Krieges gegen den Hunger läßt nicht eine Gruppe vollbringen, sondern das ganze Volk müsse sich dazu bereitfinden, die drohenden großen sozialen Gefahren abzuwehren. Dieser Kampf gegen den Hunger sei nicht nur ein großer Kampf gegen das deutsche Volk, sondern auch für ganz Europa, ja für die ganze Welt. Die Verpflegungspolitik des Reiches wurde von Weimarer sei ein wahres Werk des Aufbaues Europas gewesen, die Voraussetzung für jeden Fortschritt des deut-

schen Volkes. Der Erfolg der deutschen Außenpolitik hängt aber von der wirtschaftlichen Einsicht unserer ehemaligen Gegner ab. Es sei in den letzten Monaten gelungen, die Redeschwaben der wirtschaftspolitischen Unwissenheit bei ihnen zu zerstreuen. In der ganzen Welt befinden sich aber immer noch Menschen, die meinen, ein Volk könne zu Forderungen gezwungen werden, die, wie jedes Kind sehe,

Ökonomisch eine Unmöglichkeit

seien. Diesen Wahn haben wir in zahlreichen Kongressen und Konferenzen zu bekämpfen versucht. Der Tag der Erkenntnis ist heraufgedämmert. Aber eine Gefahr ist damit für Europa verbunden, nämlich die Möglichkeit, daß, bis diese Erkenntnis sich in eine politische Tat umsetzt, die Welt, um die es geht, unter der Überlast der Reparationen zusammenbrechen und Europa in Ruinen liegt. Die Gefahr ist vorhanden, daß es heißen könnte: Zu spät! Wir wollen unsere Pflicht erfüllen, alle staatlichen, moralischen und kulturellen Kräfte aufzubieten, um den Zusammenbruch unseres Volkes zu verhindern, ehe diese politische Erkenntnis zur wirklichen Tat geworden ist. Wie, die am Kriege teilgenommen haben, müssen sich zusammenschließen, um das Ende des Krieges nach einem Programm durchzusprechen und dann Paragraph an Paragraph zu setzen, die der Welt einen wirklich dauernden Frieden gewährleisten.

Der Reichskanzler erinnerte hierbei an die Worte Staßenaus auf der Genuefer Konferenz: Bag, Bag, Bag! Sei dieser Friede wirklich da? Nein! Europa hat keine wirklich große Politik, sondern eine Politik der Termine. Die Politik der Termine aber sei eine Politik der Disziplin Europas.

Wolle man also zum Ziele kommen, so müsse man die große Frage der Reparationen auf eine nächsteren Stufe stellen. Auf diese Stufe werde sie nicht von denen gestellt, die mit dem Säbel und dem Diktat Europa verwalten, sondern von Männern der geschäftlichen Arbeit. Die Versorgung der Welt mit Brot, Kleidung und Bewahrung muß die erste Aufgabe der in- und ausländischen Politik sein. Ich bin deshalb allen dankbar, die ungeschwollen haben und mitwirken werden, die Ruinen aufzubauen und die Wunden des Krieges zu heilen, ohne deren Heilung Europa überhaupt nicht zur Ruhe kommen kann. Ich begrüße die Verträge, die geschlossen wurden, um den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu fördern. Diese Arbeit ist durchaus in der Richtung und in den bisher beschrittenen Bahnen der deutschen Politik gelegen. Die ökonomisch mögliche Erfüllungspolitik Deutschlands ist das Ergebnis sachlicher Einsicht und Einigung. Es muß unsere Politik sein, den Gläubigern gegenüber das ganze Problem in einer Atmosphäre der Einsicht und Einigung zu behandeln. Wir wollen die Welt von den Termindrücken befreien, die zu jedem Zahlungsvermin und bei jeder Verhandlung über eine Zahlung einzusehen pflegen. Dazu ist es erforderlich, daß die internationale Mentalität nicht jedesmal strifen und ultimative Zustände befürchten muß, wenn die deutsche Regierung den Forderungen widerspricht die uns von dem Ziel, unsere Leistungen mit unserer Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen, entfernen und die Herbeiführung des erstrebten Weltfriedens verzögern. Wir glauben, auf diesem Wege zu einer ruhigeren Verhandlungsmethodik einen kleinen Schritt weitergekommen zu sein. Mit Geduld und fester Hand werden wir das Steuer auch weiterhin in dieser Richtung zu führen haben. Der Weg ist klar, es ist der Weg, den die Welt nach verlorenen Kriegen gehen müssen. Dieser Weg ist nicht Schlemmerlei, nicht Vergeudung des Nationalvermögens. Es ist der Weg harter Arbeit, und wenn es sein muß,

hartes Mehrarbeit

aller Schichten. Keine Partei im deutschen Reich ist sich selbstbewußt, und im Streben nach dem Ziel, der Heilung des deutschen Volkes haben die Parteien auch ihre eigene Existenz in die Waagschale zu werfen. Das gilt von links und von rechts, aber insbesondere von den bürgerlichen Parteien der Mitte. Im Ringen um die Methode der Politik dürfen keine wertvollen Mitarbeiter im blutigen Strauß mit sinnlosen Fanatikern ihr Leben verlieren. Die Methode ist gleichgültig, das Ziel ist das höchste. Im Ringen um dies Ziel muß das ganze Volk hinter uns stehen; das ganze Deutschland soll es sein. Es gilt die Einheit und Zukunft des deutschen Volkes zu retten und im Laufe der Jahre wieder eine Periode deutschen Wohlstandes herbeizuführen. — Die Rede des Reichskanzlers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, bez sich wiederholte, als Präsident von Wendelslohn dem Reichskanzler den Dank der Versammlung aussprach.

Der sächsische Landtag aufgelöst

Neuwahlen am 5. November.

Der sächsische Landtag stand gestern im Zeichen eines großen Tages, denn auf der Tagesordnung stand neben dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten die zweite Beratung über das Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages. Sämtliche Tribünen waren dicht besetzt. Kurz nach 12 Uhr erschien die Regierung, zuerst Innenminister Bismack, dann Ministerpräsident Buch, Kultusminister Meißner, Wirtschaftsminister Hellisch, Arbeitsminister Krichau, Justizminister Dr. Reigner, Finanzminister Heide, Präsident Fräßdorf, Schlag dem aufbesetzten Hause vor. Die Tagesordnung umzusetzen, d. h. den die Auflösung des Landtages betreffenden zweiten Punkt zuerst zu behandeln. Der Landtag beschloß demgemäß, Abg. Bäringer (D. Bp.) erstattete dem Bericht des Rechtsausschusses und beantragte, dem Antrag Arzt u. Gen. auf befristete Auflösung des Landtages keine Folge zu geben, dagegen dem vom Rechtsanwalt Dr. Philipp und Oberlandesgerichtsrat Dr. Gutmann am 10. Mai 1922 beantragten und vom Gesamtministerium durch Verordnung vom 13. Mai 1922 zugelassenen Volksbegehren stattzugeben, also den Landtag sofort aufzulösen. Wegen die befristete Auflösung spreche die Erwägung, daß ein Landtag, der die Auflösung beschlossen habe, kein Recht mehr habe, Gesetze zu verabschieden. Abg. Dr. Graf (Soz.) vertrat den Standpunkt der Minderheit des Ausschusses, setzte sich also für den Antrag Arzt ein. Der Redner bezog sich auf das, was der Abg. Bismack über diesen Antrag in der letzten Sitzung ausgesprochen hat. Es sei ein Übel, daß eine Regierung monatelang ohne Parlament bleibe. Die Regierung könne vor Situationen gestellt werden, denen nicht auf dem Wege der Notverordnungen begegnet werden könne.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) unterbreitete dem Landtag namens seiner Fraktion einen

Vermittlungsvorschlag.

Der sozialdemokratische Antrag wolle durch die befristete Auflösung die landtagslose Zeit möglichst einschränken. Dieser Weg sei jedoch nicht gangbar. Wenn der Landtag die politische Kompetenz nicht abgibt, sich aufzulösen, sei es unmöglich, daß er sich gleichzeitig eine Frist setze, die beliebig lang sein könne. Hier müsse die Überführung sprechen. Deshalb schlage seine Fraktion eine entsprechende Abänderung des Minderheitsantrags Arzt vor. Die Wahlperiode solle mit dem Tage der Neuwahl enden. Die Neuwahl müsse spätestens am sechzigsten Tage, nachdem der Landtagsbeschluss auf Auflösung ergangen oder das Abstimmungsergebnis des Volksbegehrens im sächsischen Gesetzblatt bekanntgemacht worden ist, erfolgen. In der Zwischenzeit dürfe der Landtag nur noch Angelegenheiten erledigen, deren Erreglichkeit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten anerkannt worden sei. Abg. Müller (D. Bp.) erwiderte in dem Antrage Dehne keine Lösung. Schon im Ausschusse habe sich niemand für diesen Antrag erwärmt. Die Gründe, die Dr. Dehne gegen den Antrag Arzt vorgebracht hätte, sprächen im wesentlichen auch gegen seinen Antrag. Der Antrag Dehne bedeute eine neue hinauschiebung. Abg. Renner (Kom.) der nunmehr das Wort ergriff, erwartete mit seinen Ausführungen wiederholt im ganzen Hause stürmische Beifall. Zum Schluß erklärte der Redner: Wir machen diese Politik nicht mit und lehnen es ab, dem Antrage auf Verschleppung der Landtagsauflösung zuzustimmen. Wir werden für die Auflösung des Landtages stimmen. Abg. Müller (Unabh.) machte den Kommunisten heftige Vorwürfe, daß sie eine den Interessen des Proletariats entgegenlaufende Politik trieben hätten. Die Kommunisten quittierten mit lärmenden Zurufen, aus denen man Schimpfwörter wie Dumpe und Dünner heraushörte. Präsident Fräßdorf handhabte energisch den Hammer und forderte die Kommunisten auf, den Unfand zu lassen.

Nach weiteren Ausführungen einiger Redner und den Schlussworten der beiden Berichterstatter erfolgte unter großer Spannung des Hauses die

Abstimmung.

Zunächst wird der demokratische Antrag auf Streichung eines Teiles des Minderheitsantrags Arzt angenommen, dann aber die übrigen Teile des demokratischen Antrages abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der Minderheitsantrag Arzt, und zwar gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien. Darauf erfolgte die Abstimmung über den Antrag des Rechtsausschusses auf sofortige Auflösung des Landtages. Die Minister Heide und Hellisch haben auf den Abgeordnetenlichen Antrag abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte namentlich mit 53 gegen 39 Stimmen.

große Ziel
Das Mittel
wird, eine
die die
Mengen
Auer Verlag
Leipzig
Telegraphische Anzeiger-Nummer: 1000